

**Medienmitteilung des
Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn**

3. November 2016

Konzeptlose und unverantwortliche Steuergeschenke an Holdinggesellschaften und die Reichsten auf dem Buckel des Volkes!

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn ist erschüttert über die heute von der Solothurner Regierung vorgestellten Massnahmen im Zusammenhang mit der Einführung der Unternehmenssteuerreform III. Die veröffentlichten Papiere, wahlweise als «Fakten» oder «Strategie» betitelt, und die Medienmitteilung von heute sind allesamt Ausdruck einer absolut einseitigen Sichtweise. Sie sind eine Kapitulation ohne Wenn und Aber vor dem ideologischen Diktat der neoliberalen Think Tanks und der Solothurner Handelskammer. Der Kanton lässt jede eigenständige Sichtweise vermissen. Jeder Gestaltungswille abseits der unheiligen Dreifaltigkeit von Steuerenkung, Steuerwettbewerb und rein fiskalischer Standortattraktivität verpufft in vagen Kann-Formulierungen. Die sogenannten flankierenden Massnahmen sind nichts als schwache Lippenbekenntnisse – ohne jegliche Verbindlichkeit.

Was sind die Fakten? Die USR III bringt Kanton und Gemeinden Steuerausfälle von 70 beziehungsweise 75 Millionen Franken. Also 145 Millionen pro Jahr. Pro Jahr! Kleine Mehreinnahmen aus der Bundesteuer sind nicht mehr als Tropfen auf den heissen Stein. Erwartete Mehreinnahmen sind reine Spekulation. Mit Blick auf Tiefsteuerkantone wie Schwyz kann man ebenso gut von Hirngespinnsten reden. Seit Jahren fordern die Gewerkschaften eine aktive Wirtschaftspolitik im Kanton Solothurn. Kann man es da nicht anders als dreist nennen, dass der Kanton diese neuen strukturellen Defizite als «Investition» bezeichnet?

Defizite, die einfach in Kauf genommen werden, obwohl der Kanton bereits harte und einschneidende Sparrunden hinter sich hat. Ausgleichen will man die Steuerausfälle über das Budget, konkret also mit weiteren Sparmassnahmen, sowie mit der Belastung des Eigenkapitals, was nichts anderes heisst, als dass man das dem Volk abgesparte Eigenkapital des Kantons den Nutzniessern dieser Vorlage hinterherwirft.

Es braucht denn auch nicht viel Phantasie um zu orten, wo künftig der Sparhebel angesetzt werden soll. Abbau im Bildungsbereich, bei der Prämienverbilligung und in der sozialen Wohlfahrt werden sofort auf den Tisch kommen. Abbau also, bei den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Dies bestätigt die Regierung zudem mit Ihrer Aussage: «Im Bereich der für die Bevölkerung wichtigen und existentiellen Leistungen sind die Einschränkungen in der Leistungserbringung möglichst gering zu halten.» (Unternehmenssteuerreform III – Strategie des Kantons Solothurn, Seite 12).

Der GbS ruft deshalb die Solothurner Regierung auf, wieder zur Vernunft zu kommen.

Der GbS wird sich mit allen Mitteln und gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen gegen diese Menschenverachtende Politik wehren. Politik muss wieder gestalten, statt sich nur treiben lassen. Sie muss wieder vom Menschen ausgehen. Wir brauchen eine andere Politik angesichts der Weltlage, die vom Aufkommen populistischer bis extremistischer Bewegungen in Europa und global gekennzeichnet ist.

Die Regierung erwähnt am Schluss der Medienmitteilung flankierende Massnahmen wie die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das macht sich gut auf dem Papier. Konkrete Massnahmen, wie die Unternehmen dafür zu gewinnen wären, sowie Vorschläge dazu, wie es angesichts leerer Kassen finanziert werden mit keinem Wort erwähnt und sind wahrscheinlich auch nicht angedacht. Dem Kanton fehlt der Wille zur Gestaltung. Die Stimmbürgerin und der Stimmbürger werden ihm das nicht abkaufen.

Wir sind deshalb auch zuversichtlich. Der Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände werden den Abstimmungskampf gegen die USR III aktiv und entschlossen führen und den Bürgerinnen und Bürger aufzeigen, welchen hohen Preis die Regierung von Ihnen abverlangt um einige wenige fürstlich zu beschenken.

Für Auskünfte:

- Markus Baumann, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn Telefon: 079 435 64 47